

Das Wirtschaftsrisiko Nr. 1 der nächsten Jahre heisst Donald Trump

Ökonomie des Populismus Trotz hohen Zöllen, steigender Arbeitslosigkeit und anhaltender Inflation rechnen Experten mit einer ansprechenden Entwicklung im Jahr 2026. Doch das ist kurzfristig gedacht. Eine Einschätzung.

Simon Schmid

Von der Deutschen Bank über J.P. Morgan bis zur Zürcher Kantonalbank freuen sich die meisten Finanzinstitute auf das kommende Jahr. 2026 werde die Weltwirtschaft moderat wachsen, während die Inflation in Schach gehalten werde, lautet der Konsens – und das verspricht an den Börsen steigende Kurse.

Selbst in den USA, wo Präsident Donald Trump mit Zöllen, Deportationen und dem Regierungsschutdown seit seinem Antritt im Januar 2025 vieles drunter und drüber gebracht hat, rechnen die Auguren mit einer Entspannung.

«Wir erwarten, dass sich die Disbalancen auf nicht disruptive Weise auflösen werden», schreibt etwa die Bank of America. Dieser verklausulierte Optimismus mag seine Berechtigung haben, wenn es nur um die kommenden zwölf Monate geht. Richtet man den Blick auf die weitere Zukunft, sind die Risiken aber enorm. Gerade in den Vereinigten Staaten.

Vielleicht am besten fassbar wird das, wenn man sich die Situation aus der Vogelperspektive ansieht. Und dabei berücksichtigt, dass die Politik über kurz oder lang den Ausschlag dafür gibt, wie sich die Wirtschaft entwickelt.

Die schädlichen Wirkungen des Populismus

Donald Trump ist ein Populist. Und wenn alles stimmt, was Forscher in den letzten Jahrzehnten über populistische Wirtschaftspolitik herausgefunden haben, dann ist allein das schon ein Grund zur Sorge. Populismus wirkt sich in der Regel negativ aufs Wachstum, auf die Schulden und auf die Inflation aus. Diese Effekte lassen sich über einen Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren statistisch nachweisen, haben etwa die Ökonomen Manuel Funke, Moritz Schularick und Christoph Trebesch in einer Studie gezeigt.

Ein gutes Beispiel dafür ist Italien. Unter Premierminister Silvio Berlusconi verlor das Land ab den 2000er-Jahren kontinuierlich den Anschluss. Der Milliarden- und Medien-Tycoon versprach den Italienern und Italienerinnen Steuererleichterungen und Infrastrukturinvestitionen, lieferte aber kaum Brauchbares ab. Und verpasste obendrein, Probleme in den Sozialversicherungen, im Bildungswesen und in der Wettbewerbspolitik anzugehen. Am Ende musste er während der Eurokrise notfallmässig seinen Posten räumen, weil die Märkte alles Vertrauen in den südeuropäischen Staat verloren hatten.

Populisten schädigen die Wirtschaft auf vielfältige Weise. Wie die Ökonomen Beatrice Magistro und Victor Menaldo in einer Studie ausführen, sind die Mechanismen oftmals subtil – und entfalten ihre Wirkung erst mit der Zeit, indem sie die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft bremsen. Der dirigis-



Im Juni 2025 ist eine neue Welle von Containern im Hafen von Los Angeles eingetroffen, um den möglichen Zollerhöhungen von Waren aus China zuvorzukommen. Foto: Getty Images/AFP

tische Regierungsstil von Populisten, die Vetternwirtschaft und das Schwächen der Expertise in der staatlichen Verwaltung tragen dazu bei.

Das volle Schadensausmass ist dabei nicht immer offensichtlich. Im 20. Jahrhundert mündeten populistische Machtübernahmen regelmässig in spektakulären Staatsbankrotten und Währungskrisen. Das Paradebeispiel dafür ist Argentinien, ein Land, das seit dem Zweiten Weltkrieg fast durchgehend von Populisten regiert wurde und dabei sechsmal pleiteging.

Was Trump mit Orbán, Erdogan und Co. verbindet

Heute regieren populistische Politiker oft vorsichtiger – weil sie besser beraten werden oder nicht über alle Freiheiten verfügen. Ungarns Premier Viktor Orbán muss in seiner Finanzpolitik Rücksicht auf die EU nehmen und profitiert vom Geld aus Brüssel. So ist die ungarische Wirtschaft seit seiner Machtübernahme 2010 auch nicht zusammengebrochen. Bei genauem Hinsehen zeigen sich trotzdem Probleme. So blieb etwa die Entwicklung der Produktivität hinter anderen Vergleichsländern aus der Region zurück.

Was Trump mit diesen und zahlreichen weiteren populistischen Machthabern verbindet – von Juan Perón über Hugo Chavez bis zu Recep Tayyip Erdogan

–, ist nicht eine kohärente Liste wirtschaftspolitischer Massnahmen. Denn der Populismus ist keine Ideologie im strengen Sinn.

Sondern es ist seine politische Strategie. Sie zielt darauf ab, das «einfache» Volk gegen die als korrupt dargestellte «Elite» auszuspielen. Und sie inszeniert den Präsidenten als Führerfigur, die den «wahren» Willen des Volkes verkörpert und in dessen Namen das Geschick des Landes lenkt ohne Rücksicht auf die verfassungsmässige Gewaltenteilung.

Diese Definition, die auf den Politikwissenschaftler Cas Mudde zurückgeht, steht am Ausgangspunkt der meisten ökonomischen Studien zum Thema. Bezeichnenderweise erfüllt Trump dabei praktisch jedes Kriterium, das mit dem Populismus in Verbindung gebracht wird: Der US-Präsident pflegt eine Grollrhetorik, die andere Länder für Missstände in Amerika verantwortlich macht. Er stempelt Ausländerinnen zu Sündenböcken, schiesst gegen die unabhängige Wissenschaft und strebt eine Wirtschaftspolitik an, die Probleme in die Zukunft verschiebt und verschlimmert, statt sie zu lösen.

Dies brachte den USA 2025 eine Serie von Zöllen, die dem Handel und der Investitionstätigkeit stark geschadet haben. Sie bescherte dem Land die «Big Beautiful Bill», die die Steuern für Reiche senkt und die Kauf-

Ein Formtief, wie es Trump gerade erlebt, ist nichts Untypisches für Populisten. Viele reagieren darauf mit Repressionen.

kraft der Armen schwächt. Und sie führte dazu, dass fossile Energien in den Vereinigten Staaten eine Renaissance erleben – zu Lasten des Klimas und der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit.

Was Trump im kommenden Jahr im Schilde führt

Was das kommende Jahr bringt, ist ungewiss. Ein kritischer Bereich ist die Geldpolitik: Demnächst bestimmt Trump einen neuen Notenbankchef. Gelingt es ihm, das Federal Reserve unter seine Kontrolle zu bringen und dort tiefe Zinsen durchzudrücken, so stimuliert das zwar kurzfristig die Konjunktur. Gleichzeitig bauen sich bedeutende Inflationsrisiken auf.

Der US-Präsident plant auch, zusätzliche Importe mit Zöllen

zu belegen – und er könnte die Zolltarife gegenüber Ländern wie der Schweiz erhöhen, falls diese seine Deals nicht umsetzen, wie er sich das vorstellt. Ähnlich wie 2025 dürfte das nicht umgehend zu einem Inflationsschub führen. Doch es verteuert langfristig die Preise und schwächt den Wirtschaftsstandort.

Zudem überlegt sich Trump, jedem Haushalt 2000 Dollar in bar auszuhändigen. Dieses Geld würde kurzfristig die Konsumlust erhöhen, einige würden damit auch Aktien kaufen. Belastet würden dadurch aber die US-Staatsfinanzen, die bereits jetzt arg in Schieflage sind.

Man kann durchaus zum Schluss kommen, dass das alles nicht so schlimm ist. Denn die USA sind nicht nur eine Wirtschaftssupermacht, sondern auch eine Demokratie mit 250-jähriger Tradition. Ein solches Land kippt nicht so leicht in eine Institutionenkrise wie Venezuela, Thailand oder Moldau.

Zudem scheint Trump politisch angezählt. Seine Popularität ist im Tief, was gerade aus populistischen Gesichtspunkten suboptimal scheint. Es gibt eine reale Chance, dass der US-Präsident die Zwischenwahlen im Herbst verliert, was seine Handlungsfreiheit in der Wirtschaftspolitik einschränken würde.

Die Wirtschaftsgeschichte zeigt allerdings auch, dass solche Formtiefs für Populisten

nichts Untypisches sind. Viele haben darauf mit Repressionen reagiert, um ihre Herrschaft trotz mässigem Wirtschaftserfolg abzusichern. Mit der Folge, dass deren Wirtschaftspolitik oftmals noch erratischer und letztlich schädlicher geworden ist. Die Hyperinflation, die die Türkei ab 2022 erlebt hat und die auf die Tiefzins-Geldpolitik von Präsident Erdogan zurückgeht, ist ein gutes Beispiel dafür.

Wenn populistische Systeme ihre Gründer überdauern

Teufelskreise dieser Art können dazu führen, dass populistische Systeme ihre ursprünglichen Gründer überdauern – wie etwa in Venezuela unter Nicolás Maduro. Sie können aber auch dazu führen, dass Länder scharfe Schwenker vollziehen, vom Rechts- zum Linkspopulismus und umgekehrt. Das ist ein Szenario, das der Ökonom Rüdiger Bachmann, der an der Universität von Notre Dame lehrt, als nicht unrealistisch ansieht.

Die langfristige Wirtschaftsentwicklung der USA hängt in diesem Sinn wesentlich davon ab, wie weit das Land die Erosion seiner Institutionen weiter hinnimmt. Die Frage lautet, ob das, was Trump angestossen hat, letztlich grösser ist als er selbst. Die Antwort darauf steht noch aus. In den Jahresausblicken von Wallstreet-Banken wird sie aber kaum zu finden sein.

Der Patron geht – wer wird Nachfolger? Firmen finden unkonventionelle Wege

Babyboomer verlassen KMU Mit der Pensionierung der Boomer verschwindet eine Ära der Firmenführung. Die nachfolgende Generation tickt anders. Daraus resultieren neue Formen der Firmenleitung.

Irina Kisseloff (Text) und **Christian Merz** (Fotos)

«Wenn ich in einem Jahr mal zehn Tage Ferien machte, war das schon viel», sagt Urs Baumann rückblickend. Der 69-Jährige hat das Ingenieurbüro Ubag in Samstagern aufgebaut. Nun übergibt er das Unternehmen mit 15 Mitarbeitenden nach 26 Jahren per 1. Januar an seine Nachfolger. Baumann steht damit exemplarisch für die Generation der Babyboomer, die Jahrgänge 1946 bis 1964, die während vieler Jahrzehnte ihre Firmen mit «Haut und Haaren» geführt haben, wie Marc Maurer sagt. Maurer leitet bei der Zürcher Kantonalbank (ZKB) den Bereich Unternehmensnachfolge in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Die ZKB hat in der Studie «KMU ZH Monitor 2025» das Thema Nachfolge im Kanton Zürich analysiert. 1195 KMU haben an der Umfrage teilgenommen.

«Die Anzahl der Personen, die als Chefinnen und Chefs bei den KMU aufhören, steigt aus demografischen Gründen stark an», sagt Maurer. «In knapp einem Drittel der KMU im Kanton Zürich steht in den nächsten fünf Jahren ein Generationenwechsel an.» 2029, im Jahr, in dem die Babyboomer endgültig pensioniert würden, werde es in der Schweiz 30 Prozent mehr Pensionierungen als Eintritte in den Arbeitsmarkt geben.

Co-Leitung ersetzt klassisches Chef-Modell

Bei 120'000 KMU im Kanton Zürich, die laut Bundesamt für Statistik für knapp drei Viertel der Arbeitsplätze und 99 Prozent aller Firmen im Kanton stehen, sind das 40'000 Firmen, die eine Nachfolgelösung benötigen. «Ein Drittel gibt in der Regel den Betrieb auf, doch weitere rund 27'000 suchen nach Nachfolgerinnen und Nachfolgern», sagt Maurer.

Die Boomer sehen sich dabei laut dem Nachfolge-Experten mit einer besonderen Situation konfrontiert. Ihre Art, ein Unternehmen zu führen, können sie nicht weitergeben, denn die nachfolgende Generation tickt anders: «Das führt dazu, dass die Firmenleitung immer öfter von Einzelpersonen an Co-Leitungen übergeht», sagt Maurer.

Genau gleich war es auch bei Urs Baumann. Ab Januar werden sein Sohn Adrian Baumann und sein Schwiegersohn Benjamin Keller das Ingenieurbüro Ubag gemeinsam leiten. Urs Baumann findet das richtig: «Ich hätte es meinem Sohn nicht zumuten wollen, dass er wie ich weniger als 10 Tage Ferien pro Jahr macht.» Dank der Co-Leitung könnten sich die beiden vertreten und Themen auch zusammen diskutieren und entscheiden. Sein Sohn Adrian Baumann bestätigt: «Die Verantwortung zu teilen, ist schön, und im Austausch ergeben sich in der Regel bessere Lösungen.»

Fast dieselbe Situation ergab sich bei der Schreinerei Schneebeli in Ottenbach – allerdings



Urs Baumann (Mitte) übergibt sein Ingenieurbüro auf 1. Januar seinem Sohn Adrian Baumann (rechts) und seinem Schwiegersohn Benjamin Keller.



René Schneebeli (2. v. r.) hat seine Schreinerei an drei Mitarbeiter übertragen: (v. l.) Martin Scheuble, Urs Wyss und Heinz Appert.

ausserhalb der Familie. Denn René Schneebeli, der das Unternehmen mit rund 40 Mitarbeitenden in der dritten Generation leitete, hat keine Kinder. Vor drei Jahren hat der heute 65-Jährige deshalb die Mehrheit seiner Firmenanteile an ein Dreierteam übertragen, an seine langjährigen Mitarbeiter Heinz Appert, Martin Scheuble und Urs Wyss.

Im nächsten März werde er auch noch die restlichen Anteile übergeben und dann aus der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat ausscheiden, sagt Schneebeli. Es ist schön, danach «von der Verantwortung entlastet» zu sein. «Ich werde aber

weiterhin in einem Teilpensum mitarbeiten.» Geändert habe sich durch die familienexterne Geschäftsleitung der Zeitpunkt der Diskussion über Firmenthemen: «Früher besprach ich beim Mittagessen mit meiner Frau das, was wir heute an regelmässigen Geschäftsleitungssitzungen diskutieren.»

Hohe Immobilienpreise erschweren Übergabe

Nicht an mehrere Personen, sondern an verschiedene Firmen hat Hansruedi Kölliker seine Bäckerei Kölli-Beck mit Filialen in Thalwil, Gattikon und Oberrieden verkauft. «Unsere Bäckerei, der Kölli-Beck, befand sich

«Die Verantwortung zu teilen, ist schön, und im Austausch ergeben sich in der Regel bessere Lösungen.»

Adrian Baumann
Zukünftiger Co-Leiter des Ingenieurbüros Ubag

seit 190 Jahren in Familienbesitz», sagt der 60-Jährige. Er hatte die Bäckerei, den ältesten Familienbetrieb in Thalwil, in der sechsten Generation geleitet. «Mein Sohn Fredi stand eigentlich schon bereit für die Übernahme.»

Doch daraus wurde nichts. Seit diesem Jahr betreiben die regionalen Betriebe Bäckerei Vetterli, Bäckerei Imholz, Feld-Beck und die Bäckerei Hausamann die ehemaligen Kölli-Beck-Standorte. Denn Hansruedi Kölliker erlebte eine weitere neue Realität: Oft lässt sich in der Region Zürich die Immobilie nicht weiter im Unternehmen halten und für die Nachfolgeneration renovieren oder gar ausbauen. Dafür sind die Immobilienpreise in Zürich und am Zürichsee zu stark durch die Decke gegangen.

Und um künftig für die vier Filialen rentabel zu produzieren, hätte der Kölli-Beck eine grössere Backstube gebraucht. Die 50-jährige Backstube in Thalwil reichte nicht mehr aus. «Wir haben uns jeweils um Nachbargrundstücke in Thalwil bemüht», sagt Kölliker. Doch den Zuschlag hätten im umkämpften

Immobilienmarkt die Meistbietenden erhalten. «Für Gewerbetreibende wird es schwieriger, geeignete Flächen am Zürichsee zu bekommen», bestätigt Marc Maurer von der ZKB.

Kaum Frauen in der Unternehmensnachfolge

Im Sorgenbarometer der ZKB-Studie hat das Nachfolgethema an Bedeutung zugenommen. 50 Prozent der betroffenen KMU sagen, es sei «sehr schwierig», Nachfolger zu finden. Noch schwieriger ist es, Nachfolgerinnen zu finden. In allen Beispielen haben Männer die Nachfolge übernommen. Das ist ein Abbild der Realität: «Nach wie vor sind die Frauen bei den Firmenübernahmen in der klaren Minderheit», beobachtet Maurer.

Zwar nehme das sogenannte dynastische Denken ab. Es sei nicht mehr wie früher, als es keine Frage gewesen sei, dass der Sohn die Firma übernehme – und die Tochter nicht dafür in Betracht gezogen worden sei. «Doch gerade bei unseren Veranstaltungen stellen wir fest, dass wir zwar für das Podium Expertinnen einladen, im Publikum aber hauptsächlich Männer sitzen.»

Auch beim Ingenieurbüro von Urs Baumann wollten die beiden Töchter nicht einsteigen. Doch Baumann ist froh, dass seine Ubag mit der neuen Co-Leitung aus seinem Sohn und seinem Schwiegersohn überhaupt weiter besteht. Denn es macht ihm Sorgen, dass wegen der fehlenden Nachfolger für die Boomer zunehmend kleinere Firmen von grösseren übernommen werden: «Dadurch geht der Wettbewerb im Markt verloren und damit die Innovationskraft der KMU.»



Die beiden Schwergewichte Roche und Novartis sind weit über die Stadt hinaus ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. GEORGIOS KEFALAS / KEYSTONE

Kritik aus Basel am Bundesrat

Ständerätin Eva Herzog vermisst ein klares Bekenntnis zur Pharmaindustrie

DIETER BACHMANN

Muss der Wirtschaftsstandort Schweiz «paranoid» sein, wie es der Roche-Präsident Severin Schwan formuliert hat? «Zumindest ein deutlicheres Bekenntnis, was wir bezüglich Pharmaindustrie wollen, könnte nicht schaden», sagt Eva Herzog. Sie kennt die Diskussion über die Branche als Klumpenrisiko oder eben als Klumpenchance. Als ehemalige Finanzdirektorin des Kantons Basel-Stadt in den Jahren 2005 bis 2020 weiss sie um die Bedeutung der Branche als Arbeitgeber und als Steuerzahler.

«Standortwettbewerb hat es schon immer gegeben. Aber dieses Jahr hat er eine neue Dimension erreicht», sagt die heutige Basler SP-Ständerätin im Gespräch. Damit meint sie die Politik des amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Dieser hat von Schweizer und anderen Pharmakonzernen unter Androhung von Zöllen Zusagen für Investitionen in Amerika in Milliardenhöhe erhalten.

Zudem versucht er, die Unternehmen zu Preissenkungen in den USA zu bewegen, was ihm mit Abkommen mit bisher 14 Konzernen teilweise gelungen ist. Für die Industrie ist deshalb klar, dass die Preise in Europa steigen müssen, um die Ausfälle in Amerika kompensieren zu können.

Nach dem Novartis-Chef Vas Narasimhan in der NZZ hatte am Wochenende auch der Roche-CEO Thomas Schinecker in den Tamedia-Zeitungen eine entsprechende Forderung für die Schweiz aufgestellt – sonst kämen neue Medikamente nicht oder erst verspätet zu den Patienten. Dies hatte den Pharma-Managern den Vorwurf der Erpressung eingebracht.

Das Gesamtbild zählt

«Es ist nicht sinnvoll, von Erpressung zu sprechen», findet Herzog. Die Schweiz solle sich jetzt lieber fragen, wie sie als offene, international vernetzte Volkswirtschaft mit einem kleinen eigenen Absatzmarkt mit dieser Situation umgehe. In Basel habe man sich stets glücklich geschätzt, mit der Pharma eine Industrie zu haben, deren Produkte unabhängig von der Konjunktur nachgefragt würden. «Doch jetzt merkt man langsam, auch über die Region hinaus, dass die Präsenz der Branche hier nicht selbstverständlich ist.»

Die Position der US-Regierung kommt für Herzog nicht unerwartet: «Die Medikamentenpreise in den USA

sind tatsächlich sehr hoch.» Die Schweiz und Europa müssten sich jetzt gut überlegen, wie sie mit der Forderung nach höheren Preisen umgingen. «Ich verstehe die Position unserer Gesundheitsministerin, dass nicht die Prämienzahlenden eine allfällige Preiserhöhung tragen müssen.»

Aber würde Eva Herzog der Industrie aus Standort-Überlegungen höhere Medikamentenpreise in der Schweiz zugestehen? So möchte sie das zwar nicht formulieren, doch sie sagt: «Man muss das Gesamtbild anschauen und nicht nur die Einzelteile.»

Es braucht eine Strategie

Das heisst, es brauche neben der Diskussion über die Preispolitik und deren Auswirkungen auf die Gesundheitskosten eben auch den Blick auf den volkswirtschaftlichen Nutzen der Pharmaindus-



KEYSTONE

Eva Herzog
Ständerätin SP und
Ex-Finanzdirektorin
von Basel-Stadt

trie. «Ich nehme an, die Medikamentenpreise wären bei uns auch dann hoch, wenn die Branche woanders angesiedelt wäre – doch mir ist es lieber, wenn die Firmen in der Schweiz sind.»

Eine solche Gesamtschau möchte Herzog mit einer Pharmastrategie für die Schweiz erreichen. Eigentlich hatte der Bundesrat diese Idee abgelehnt, doch eine entsprechende Motion der Politikerin hat der Ständerat im September mit 45 zu 0 Stimmen überwiesen, so dass sich die Exekutive nun gegen ihren Willen doch mit der Forderung befassen muss.

«Vor drei Jahren hätte so ein Anliegen zur Stärkung der Pharma- und Biotechindustrie nie diese Unterstützung erhalten», so Herzog überzeugt. In Bern stehe die Branche bei vielen Parlamentariern lediglich als Kostenfaktor im Gesundheitswesen oder wegen der tatsächlich hohen Löhne des Führungspersonals im Fokus. Doch die Politik von Trump habe für ein Umdenken gesorgt und Sorgen um den Standort geweckt.

Ziel der Pharmastrategie ist es, Massnahmen zu erarbeiten, wie die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Pharma- und Biotechnologie-

Industrie verbessert, Verschiebungen ins Ausland verhindert werden können und der Zugang der Schweizer Bevölkerung zu Medikamenten sichergestellt werden kann. Dazu gehören etwa bessere Bedingungen für klinische Studien oder schnellere Zulassungsverfahren. Andere Länder wie beispielsweise Deutschland oder Spanien haben bereits Pharmastrategien.

Der Wettbewerb um die Gunst der Pharmakonzerne habe sich schon während der Covid-Zeit verschärft, sagt Herzog. Mit der Pandemie hätten viele Länder realisiert, wie abhängig sie von internationalen Lieferketten seien – und den Wert einer eigenen Pharmaproduktion erkannt.

Diese Entwicklung könne man nicht aussitzen. «Der Druck auf den Pharma-standort wird auch nach Trump weitergehen», sagt Herzog. Auch die nächste US-Regierung werde dereinst auf eine Pharmaproduktion im eigenen Land pochen und nicht mehr so hohe Medikamentenpreise akzeptieren, ist sie überzeugt.

Die Hochschulen sind die Basis

«Es sollte uns Sorgen machen, dass sich die Welt verändert hat», sagt Herzog, «aber im Bundesrat scheint das noch nicht wirklich angekommen zu sein.» Damit meint sie den Wunsch der Landesregierung zur Ablehnung ihrer Motion für eine Pharmastrategie. Der Bundesrat schrieb, die Ausarbeitung einer solchen Strategie sei «nicht zielführend» angesichts diverser anderer Massnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – denn diese würden ja letztlich auch der Pharmaindustrie zugutekommen.

Dass die Regierung trotz der enormen Bedeutung der Branche und dem erhöhten Standortwettbewerb wie seit eh und je nur eine branchenneutrale Wirtschaftspolitik betreiben wolle, «ist für mich unverständlich», sagt Herzog.

Apropos Rahmenbedingungen: Der wichtigste Standortfaktor, so höre sie jeweils von den Firmen, sei die Verfügbarkeit gut qualifizierter Mitarbeitender. Deshalb findet Herzog es auch fragwürdig, dass im Entlastungsprogramm des Bundes auch Kürzungen bei den Hochschulen und der Grundlagenforschung geplant sind. Der Punkt mit den Arbeitskräften sei umso wichtiger geworden, als sich die Schweiz aufgrund der OECD-Steuerreform gegenüber anderen Ländern nicht mehr mit einer Tiefsteuerstrategie hervorheben könne.



Le sigle Mercedes dans le ciel berlinois. Le secteur automobile, symbolique pour l'Allemagne, subit actuellement d'importants plans sociaux. (13 NOVEMBRE 2025/RALF HIRSCHBERGER/AFP)

Ebranlée sur ses bases, l'Allemagne termine l'année dans le doute

CONJONCTURE Arrivé au pouvoir en mai, le gouvernement de Friedrich Merz n'a pas trouvé la parade pour faire rebondir le pays. Son modèle de prospérité est remis en cause par le protectionnisme américain et la puissance chinoise

LUC ANDRÉ, BERLIN

«La promesse selon laquelle les enfants vivront mieux que leurs parents, économiquement parlant, ne pourra probablement pas être tenue. Je crains que cela ne conduise à des frustrations au sein de la population.» Dans un entretien au *Handelsblatt* mi-décembre, Klaus Regling, ancien chef du Mécanisme européen de solidarité, n'a pas hésité à servir la potion amère à ses compatriotes allemands. La hausse des dépenses militaires, sociales et les conséquences du réchauffement climatique tronqueront les marges de manœuvre de ce pays vieillissant, prédit le haut fonctionnaire qui a dû gérer une série de crises financières, notamment en Grèce, dans les années 2010.

Stuttgart, un futur Detroit?

La déclaration de Klaus Regling est venue poser une couche de grisaille supplémentaire sur un pays désormais pétri par le doute sur son modèle de prospérité. L'Allemagne demeure la première puissance économique du continent européen. Mais son assise de puissance exportatrice paraît plus fragile avec

des Etats-Unis friands de protectionnisme et une Chine montée en gamme. Les exportations vers les Etats-Unis ont chuté de 7,8% sur les neuf premiers mois de 2025 en glissement annuel, d'après des chiffres publiés en début de semaine par l'institut IW de Cologne. Le recul (12%) vers la Chine est encore plus important. Les plans sociaux en cascade dans le très symbolique secteur automobile, chez les constructeurs comme les équipementiers, ébranlent les certitudes.

Le gouvernement de coalition n'a pas réussi à influencer le narratif à son avantage

L'Allemagne voit faner son avantage technologique sur le moteur thermique, au profit d'une Chine toujours plus en avance sur les mobilités électriques. Au point que certains commentateurs se demandent déjà si Stuttgart – bassin historique du diesel, de Mercedes, Porsche ou Bosch – va connaître le même destin que Detroit, ex-bastion aujourd'hui ravagé d'une fière industrie automobile américaine. «Le pays est en chute libre d'un point de vue économique et pourtant le gouvernement ne réagit pas de manière

assez résolue», a tranché début décembre Peter Leibinger, à la tête de l'influente fédération de l'industrie allemande (BDI).

Force est de constater que Friedrich Merz, chantre de l'importance de la psychologie dans la politique économique, n'a pas réussi à influencer le narratif à son avantage. La promesse d'une relance rapide formulée par le chancelier chrétien-démocrate à son arrivée au pouvoir début mai tarde à se concrétiser. Malgré un endettement record au profit d'une modernisation de l'armée et des infrastructures, l'Allemagne, depuis deux ans en stagnation, ne devrait connaître qu'une croissance modeste de 0,6% en 2026, selon les dernières prévisions de la banque centrale du pays. Par ailleurs, le gouvernement de coalition droite-gauche, déjà impopulaire, a évacué provisoirement le délicat sujet de la réforme des retraites vers une commission ad hoc. Elle doit formuler ses propositions d'ici à l'été prochain. Difficile de croire qu'elles seront indolores.

Atmosphère de panique

«Les bavardages concluant à un déclin irrésistible de l'Allemagne créent une atmosphère de panique à laquelle aucun gouvernement ne peut répondre de manière adéquate», prévenait mi-décembre un éditorialiste du *Spiegel*, pointant le pont d'or fait aux populistes de tous crins. En effet, l'extrême droite allemande ne s'est jamais aussi bien

portée depuis 1945. Avec 26% des intentions de vote dans la dernière étude Forsa, l'AfD (Alternative pour l'Allemagne) se classe devant le bloc conservateur de Friedrich Merz (24%) au niveau national. La formation, dans le collimateur du renseignement intérieur allemand pour sa radicalité, célèbre sa proximité idéologique avec le mouvement MAGA derrière le président américain, Donald Trump. L'AfD espère élargir encore son audience lors des cinq scrutins régionaux l'an prochain, avec notamment la conquête de la Saxe-Anhalt, en ex-RDA. Pour cela, le parti aux sympathies pro-russes mise, en plus du rejet de l'immigration, sur un refus du service militaire.

Il touche une corde sensible chez une partie de la population. Le débat du passage sous les drapeaux sous une forme volontaire, a été imprégné, chez les jeunes, par une peur d'être envoyé au front en Ukraine. «Nous sommes une génération de donneurs qui devra probablement donner beaucoup plus que ce qu'elle pourra espérer en retour. La défense du pays n'est qu'un aspect.

On pourrait parler de la crise climatique, du vieillissement de la population», essayait d'expliquer un représentant des lycéens lors d'une audition au Bundestag en novembre. Dans ses vœux de Noël, le président de la République allemande, Frank-Walter Steinmeier, a néanmoins appelé ses concitoyens à ne pas baisser les bras. ■



20 Funktioniert die Schweiz auch ohne Ausländer?

Nächstes Jahr stimmen wir über die 10-Millionen-Initiative ab. Auf dem Spiel stehen die Personenfreizügigkeit und das Betreiben von ganzen Branchen, wie das Spital Basel zeigt. Von René Donzé

Rund 600 Stellen muss das Universitätsspital Basel jedes Jahr neu besetzen. Ohne Personenfreizügigkeit dürfte es zu Lücken im Personalbestand kommen.

Mitten auf dem Areal des Universitätsspitals Basel klafft ein Loch. Tief haben sich die Bagger ins Erdreich gegraben. Nun legen Arbeiter Armierungseisen für das Fundament aus. Durch ein Fenster in der Baustellenwand beobachten Patienten und Mitarbeiter, wie hier ein neuer Trakt entsteht; dreizehn Stockwerke soll er dereinst in die Höhe ragen. Raum ist knapp im historischen Universitätsviertel. Das Spital, das hier gewachsen ist, stösst an Grenzen. Doch nicht nur der Platz ist ein Problem. Wie die meisten Spitäler kämpft auch das Universitätsspital Basel (USB) mit dem Fachkräftemangel. «Die Schweiz bildet zu wenig Ärzte und Pflegepersonal aus», sagt die Personaldirektorin Raphaela Meier. Nicht von ungefähr hat beinahe die Hälfte der Belegschaft inzwischen einen ausländischen Pass (Grafik). Ein Teil pendelt täglich aus Deutschland und Frankreich, der andere lebt in der Schweiz. «Ohne Mitarbeitende aus dem Ausland könnten wir gar nicht richtig funktionieren», sagt Meier. Das grenznahe Basler Spital steht mit seinem hohen Ausländeranteil nicht allein da. Schweizweit beträgt er in den Spitälern rund einen Drittel, besonders hoch ist er im Tessin und in der Westschweiz. Im Luzerner Kantonsspital und im Inselspital Bern liegt er bei rund 25, am Universitätsspital Zürich bei sogar 37 Prozent. Die hohe Spezialisierung der Universitätsspitäler spiele ebenfalls eine Rolle, sagt Meier: «Der Fachkräftemangel ist auch eine Frage der Qualifikation.» Je höher die Anforderungen an medizinische Personal, desto schwieriger die Suche.

Abbau von Betten

In Zukunft könnte dies für die Spitäler noch anspruchsvoller werden. 2026 stimmt die Schweiz über die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative der SVP ab. Sie verlangt, dass die Bevölkerung auf höchstens zehn Millionen begrenzt wird – mit

weitreichenden Folgen: Würde das Szenario eintreffen, hätte dies die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU zur Folge. Für das USB wäre dies ein gravierender Einschnitt. «Für uns ist das fast nicht vorstellbar», sagt Meier. «Wir müssen uns auf stabile Beziehungen zu unseren Nachbarländern verlassen können.» Natürlich müsste das Spital den Betrieb deswegen nicht einstellen. Bereits in der Schweiz wohnende Angestellte und Grenzgänger wären nicht betroffen von einer Obergrenze. Doch Neurekrutierungen würden erheblich erschwert. Bei einer Fluktuation von gut 7 Prozent und rund 8500 Angestellten hat das USB jedes Jahr rund 600 Stellen neu zu besetzen. Eine allfällige Rückkehr zu Kontingenten für ausländische Arbeitskräfte würde Unsicherheiten schaffen, erheblichen administrativen Aufwand bedeuten und Lücken im Personalbestand aufreissen. Was das konkret bedeuten würde, lässt sich nur erahnen. «Es würde dazu führen, dass man Leute nicht mehr wie gewohnt behandeln kann

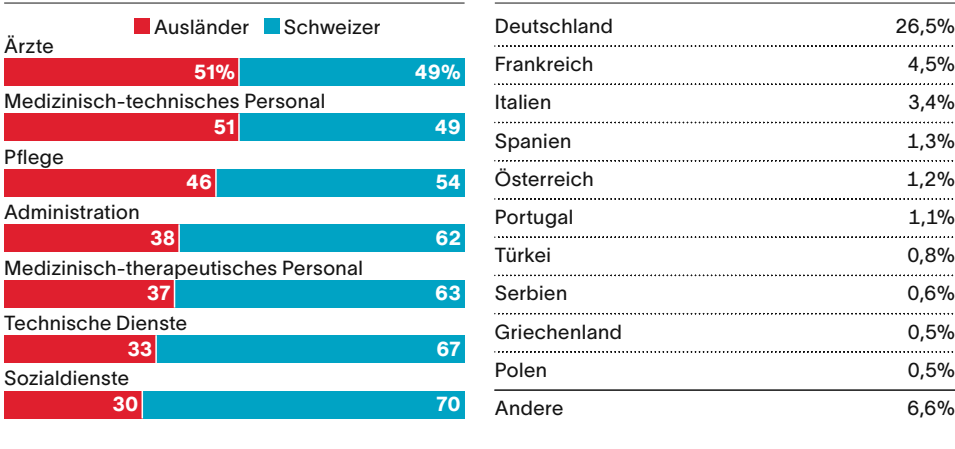
oder dass es lange Wartezeiten gibt», sagt die Personaldirektorin. Sie geht davon aus, dass vor allem höher qualifizierte Pflegefachpersonen – etwa für die Intensivstation oder die Onkologie – noch schwieriger zu finden wären. Problematisch würde es auch bei spezialisierten Ärzten. «Auf Personalengpässe müssten wir mit einem Abbau von Spitalbetten reagieren.» Das erlebte das USB, wie andere auch, schon nach der Corona-Krise, als viele Pflegekräfte erschöpft ausstiegen. Klar ist: Betroffen würde das USB im Kerngeschäft – der hochspezialisierten Medizin und der Forschung. «Gerade diese lebt von der Internationalität», sagt Meier. Zusätzlich erschwert wird die Lage durch die alternde Bevölkerung und komplexere Behandlungen. Die Schere zwischen Anspruch und Realität geht ohnehin auf. Frédérique Foell ist eine jener Fachkräfte aus dem Ausland, auf die das USB angewiesen ist. Begonnen hat die Französin als Pflegefachfrau; heute leitet sie die Pflegeabteilung der Herzklinik mit rund hundert Mitarbeitenden. Sie hat Kollegin-

nen und Kollegen aus der Schweiz und aller Welt eingestellt – aus Portugal, Peru oder Brasilien, vor allem aber aus Deutschland und Frankreich. Für viele von ihnen sei das Basler Spital «ein Paradies», sagt Foell. «Hier haben wir im Vergleich zu Frankreich oder Deutschland noch Zeit für die Patienten.» Ohne ausländische Mitarbeitende liesse sich der hohe Standard aber nicht halten. Und auch menschlich wäre es ein Verlust: Die Teams lebten von ihrer Vielfalt. «Unsere Patienten stammen ja ebenfalls aus verschiedenen Ländern und verstehen nicht alle Deutsch», sagt Foell. Rund ein Drittel von ihnen hat einen ausländischen Pass.

Selber mehr ausbilden

Der Basler SVP-Nationalrat und Gesundheitspolitiker Thomas de Courten hingegen sieht das alles nicht so schwarz. Allfällige Einschränkungen bei der Rekrutierung ausländischer Fachkräfte wären nicht schlecht, findet er. Das würde den Druck auf die Spitäler erhöhen, «etwas gegen das ungebremste Mengenwachstum im Gesundheitswesen zu unternehmen», sagt er. Zudem würde sich die Initiative auch dämpfend auf die Zahl der Patienten auswirken. Personaldirektorin Meier sagt, die Schweiz müsse ohnehin mehr Gesundheitspersonal ausbilden – unabhängig davon, ob der Zugang zu Fachkräften aus dem Ausland eingeschränkt würde. Darauf setze auch das USB: «Unser Ziel ist, die Hälfte der Pflegenden selber auszubilden», sagt sie. Zudem gelte es, die Arbeitsbedingungen attraktiv zu gestalten und die Fluktuation so gering wie möglich zu halten. Jedes zusätzliche Berufsjahr im Spital entlaste die Rekrutierung. Auf dem Areal wächst der neue Trakt langsam in die Höhe. Dass darin auch künftig viele Fachkräfte aus dem Ausland arbeiten werden, steht ausser Frage. Das Universitätsspital war schon vor der Personenfreizügigkeit auf sie angewiesen – und wird es immer bleiben.

Ausländische Mitarbeiter am Universitätsspital Basel nach Berufsgruppe nach Nationalität

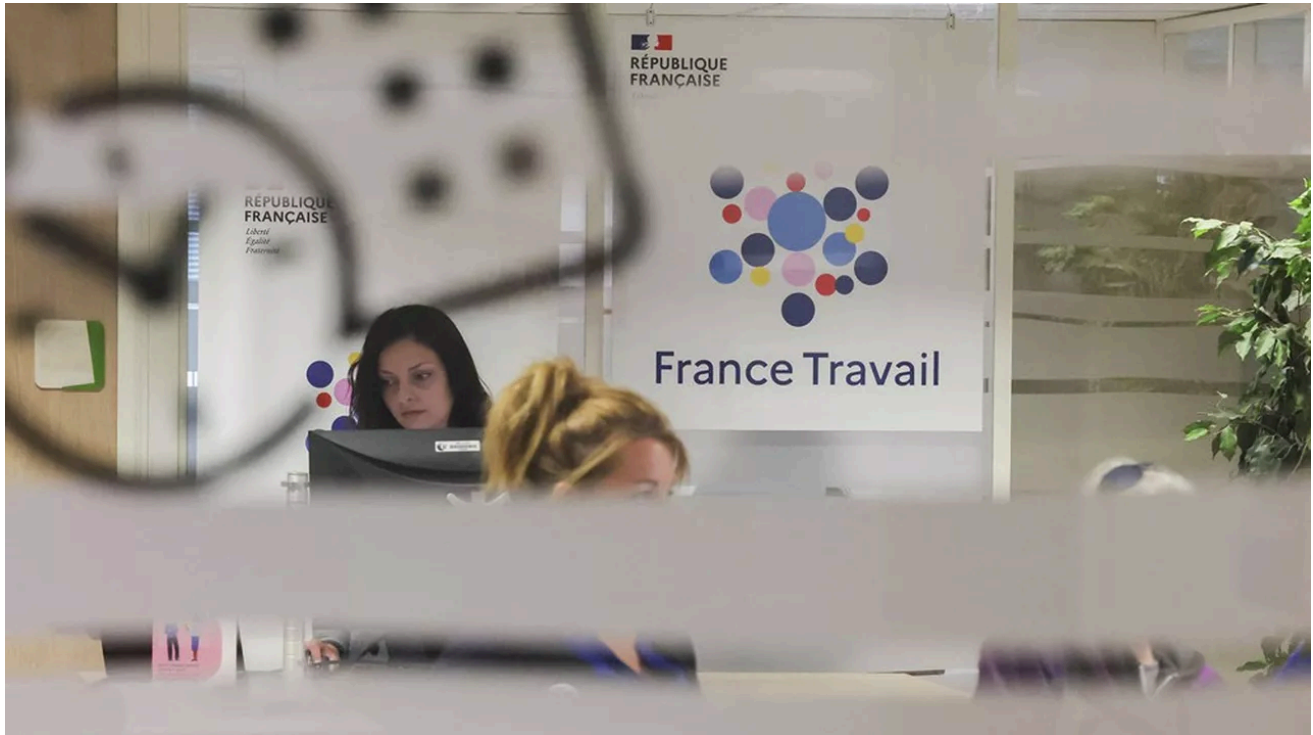


Quelle: Universitätsspital Basel

EN CHIFFRES

Assurance-chômage : quels sont les premiers effets de la réforme de 2023 ?


Alors que la réforme introduisant une modulation de la durée d'indemnisation des chômeurs en fonction de la conjoncture va fêter ses trois ans, un premier bilan de l'Unédic montre une forte progression des chômeurs en fin de droits.



La réforme dite de « contracyclicité » introduit un mécanisme d'ajustement automatique de la durée totale d'indemnisation par l'Assurance chômage en fonction de la conjoncture économique. (Photo Thibaut Durand/Hans Lucas via AFP)

Par **Leïla de Comarmond**

Publié le 24 déc. 2025 à 06:45 | Mis à jour le 24 déc. 2025 à 10:26

 Votre abonnement vous permet d'accéder à cet article

Ce n'est pas encore une photographie parfaite, mais on en approche. La montée en charge de la réforme de l'assurance-chômage de 2023 est bien avancée. En juillet dernier, 71 % des chômeurs étaient entrés dans le champ des modifications entrées en vigueur le 1^{er} février 2023, a constaté l'Unédic dans une étude. De quoi pouvoir mesurer sérieusement les conséquences concrètes de la révolution introduite dans le système il y a maintenant près de trois ans, en tout cas, dans son volet restrictif.

Contrairement aux précédentes modifications du dispositif, il n'y a pas simplement eu une modulation des paramètres d'indemnisation, entre nombre de mois travaillés pour acquérir des droits, durée de versement et calcul de l'allocation. Cette réforme dite de « contracyclicité » introduit un mécanisme d'ajustement automatique de la durée totale d'indemnisation par l'assurance-chômage en fonction de la conjoncture économique.

Ajustement automatique à la conjoncture

Comme elle est entrée en vigueur dans une situation économique plutôt favorable, la réforme s'est traduite par une diminution de la durée des droits à indemnisation de 25 % de tous les nouveaux chômeurs. Il faudra attendre pour évaluer le scénario inverse, celui d'un rallongement des durées d'indemnisation, prévu pour intervenir en cas de

dégradation de la conjoncture. Un tel rallongement « ne serait pas activé dans les deux prochaines années », selon les prévisions de l'Unédic, précise l'étude.

Concrètement, toutes les personnes ayant perdu leur emploi après le 31 janvier 2023 bénéficieront au maximum de dix-huit mois d'indemnisation contre vingt-quatre mois auparavant (hors filières seniors). L'Unédic avait évalué à 4,5 milliards d'euros par an à plein régime l'impact de ces restrictions. Mais avec quelles conséquences concrètes pour ces demandeurs d'emploi ? C'est ce qu'évalue l'étude.

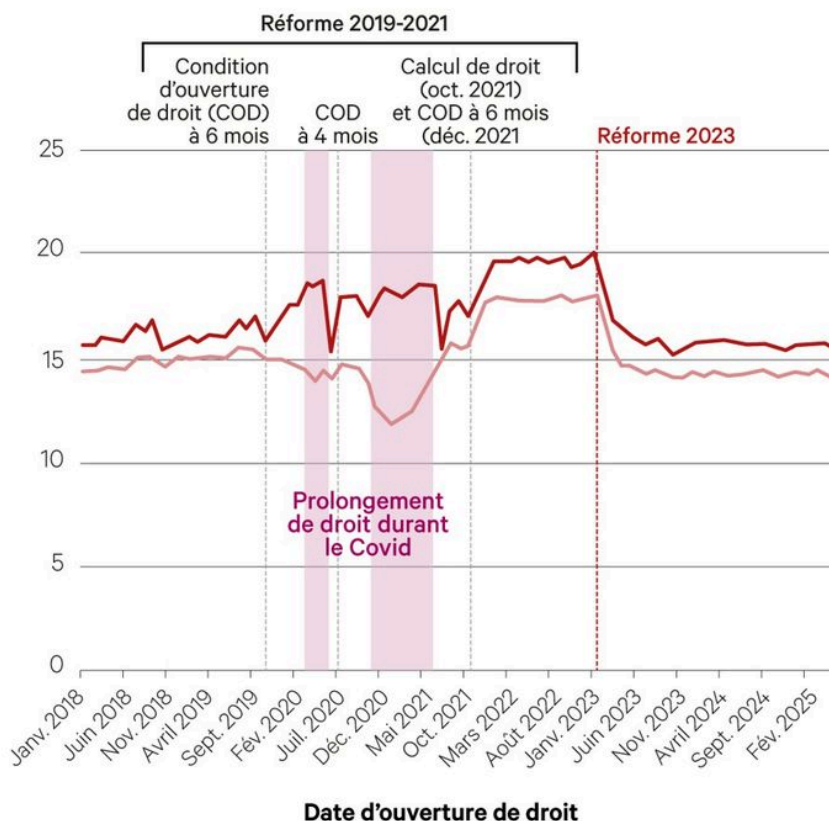
Premier constat : la durée potentielle de droit s'établit désormais à seize mois en moyenne, contre vingt mois en 2022 (soit -20 %). On retrouve un « niveau moyen proche de celui observé avant la réforme de 2019-2021 », selon l'Unédic. Mais cette fois-ci tous les chômeurs sont touchés alors qu'à l'époque, les salariés alternant chômage et emploi sur de courtes périodes voyaient leur durée d'indemnisation allongée en échange d'une baisse de leur allocation.

La réforme de 2023 fait perdre plusieurs mois d'allocation chômage aux ayants droit

Durée de droit, en mois

— Ensemble des allocataires

— Allocataires impactés par le calcul 2021 de droit (et non par le COD)



« LES ECHOS » / SOURCE : UNEDIC

La durée maximale est cependant une durée théorique. La durée effective, elle, a un peu moins diminué (de 14 % pour les personnes de moins de 53 ans). Mais cela s'accompagne d'une tendance forte et inquiétante : l'augmentation depuis le milieu de 2023 du nombre de chômeurs dits en fin de droits, c'est-à-dire qui ont épuisé leurs droits à indemnisation.

Renversement brutal de tendance

Entre mars 2023 et mars 2025, le nombre d'allocataires concernés est passé de 43.000 à 71.000, soit une hausse de 65 %, souligne l'étude. Un renversement de tendance brutal alors qu'en 2022, « les arrivées en fin de droits avaient diminué (-31 % entre mars 2022 et mars 2023) » du fait, à la fois, d'une conjoncture favorable à la reprise d'activité post-Covid et par la réforme de 2019-2021 qui avait augmenté certaines durées maximales d'indemnisation (pour les carrières hachées), en échange d'une baisse de l'indemnisation.

Avant la réforme de 2019-2021, les fins de droits concernaient majoritairement des personnes ayant peu cotisé (moins de 12 mois de droits), alors que « sur la période récente (de mi-2024 à mi-2025), les arrivées en fin de droits concernent de façon prédominante des allocataires ayant plus de 18 mois d'affiliation ». Une situation qui pourrait encore s'amplifier.

Leïla de Comarmond

Âge minimal relevé: c'en est fini de la retraite à 58 ans pour les hauts revenus

Réforme des retraites Le Conseil fédéral veut fixer l'âge minimal de perception des caisses de pension à 63 ans pour tous, sans exception. Une mesure qui risque de faire grincer des dents.

Markus Brotschi

La ministre des Affaires sociales, Elisabeth Baume-Schneider (PS/JU), souhaite encourager les travailleurs âgés à rester actifs plus longtemps, sans modifier l'âge légal de la retraite. Pour atteindre cet objectif, les prestations du 2^e et du 3^e pilier ne pourraient plus être perçues avant 63 ans, comme c'est déjà le cas pour l'AVS. Le Conseil fédéral a approuvé ces mesures fin novembre. Plusieurs points restent toutefois à clarifier, notamment pour savoir si cette limite s'applique uniquement aux avoirs obligatoires ou à l'ensemble des prestations du 2^e pilier. Si le capital surobligatoire restait accessible avant 63 ans, les actifs disposant d'un important avoir de caisse de pension pourraient continuer à prendre leur retraite dès 58 ans, comme aujourd'hui.

Le Conseil fédéral refuse toutefois d'instaurer un système de retraite anticipée à deux vitesses. Le relèvement de l'âge minimal pour les retraites anticipées s'appliquera à tous, comme l'a confirmé l'Office fédéral des assurances sociales. Dès lors, les prestations issues de l'avoir obligatoire et du capital surobligatoire ne pourront être versées qu'à partir de 63 ans.

La retraite anticipée possible en cas de licenciement

Cette proposition risque surtout de provoquer le mécontentement des cadres bien rémunérés. En effet, seuls ceux qui disposent de prestations de caisse de pension élevées peuvent généralement se permettre une retraite anticipée dès 60 ans, voire plus tôt. Pour la grande majorité de la classe moyenne, partir à la retraite 4 ou 5 ans avant l'âge légal est en général impossible, car les réductions sur le 2^e pilier sont trop importantes.

La situation diffère lorsqu'il s'agit de restructurations d'entreprises entraînant des licenciements. Dans ces cas, les plans sociaux prévoient souvent une retraite anticipée, généralement accompagnée d'une réduction progressive des rentes. Le Conseil fédéral entend maintenir cette possibilité, selon des documents internes issus de la consultation interadministrative, obtenus par la rédaction grâce à la loi sur la transparence.

Le Conseil fédéral propose toutefois de porter à 60 ans l'âge minimal pour ces départs anticipés. Actuellement, la loi permet



Le Conseil fédéral veut que la retraite commence à 63 ans, même pour les personnes aux revenus élevés. Peter Klaunzer/Keystone

«Parallèlement au relèvement de l'âge minimal pour la retraite anticipée, le Conseil fédéral souhaite encourager le travail volontaire après 65 ans.»

aux salariés concernés par des licenciements, ainsi qu'aux volontaires, de partir dès 58 ans, et parfois encore plus tôt en cas de réduction exceptionnelle des effectifs. Certaines dispositions particulières, comme dans le secteur de la construction où la retraite anticipée reste possible dès 60 ans, continueront toutefois de s'appliquer.

Les plus de 65 ans couverts par les caisses de pension

Parallèlement au relèvement de l'âge minimal pour la retraite anticipée, le Conseil fédéral souhaite encourager le travail volontaire après 65 ans. Les salariés qui poursuivent leur activité pourront continuer à cotiser à leur caisse de pension. Aujourd'hui, cela n'est possible que jusqu'à 70 ans et seulement si le règlement de la caisse le prévoit. Le Conseil fédéral propose désormais que les caisses de pen-

sion assurent automatiquement les plus de 65 ans qui en font la demande.

Si l'augmentation de l'âge de la retraite anticipée risque de susciter l'opposition des partis de droite, l'extension de la prévoyance pour les plus de 65 ans bénéficie d'un large soutien. Le conseiller national PLR Andri Silberschmidt (ZH) a déposé une motion auprès du Conseil fédéral, appelant à une réforme législative qui va dans le même sens.

Une alliance transpartisane sur les cotisations

Cette intervention prévoit que l'assurance dans le 2^e pilier se poursuive automatiquement pour toute personne qui continue de travailler après 65 ans. Aujourd'hui, ces salariés peuvent certes continuer à cotiser, mais ils doivent le signaler à leur caisse de pension dans les délais. «Cette logique est dépassée»,

souligne Andri Silberschmidt, en rappelant que si cette démarche n'est pas effectuée à temps, l'assurance prend fin.

Le conseiller national PLR souhaite également que les retraités puissent réintégrer la prévoyance professionnelle. Contrairement au Conseil fédéral, il ne souhaite toutefois pas obliger les caisses de pension à maintenir cette assurance. La possibilité de poursuivre les cotisations resterait soumise au règlement propre à chaque caisse.

Une alliance transpartisane s'est constituée pour soutenir la revendication d'Andri Silberschmidt. Les syndicats ainsi que l'Association suisse des institutions de prévoyance ont été consultés. La motion a recueilli les signatures de conseillers nationaux du PS, du Centre, des Vert'libéraux et de l'UDC.

Traduction: Elisa Knis-Andrade.

Le PLR fait face à une fronde interne sur l'imposition individuelle

Votation du 8 mars La section zougnoise défie le parti suisse en recommandant le non. Les partisans y voient un simple fait de campagne; les opposants tout un symbole.

Florent Quiquerez Berne

Imaginez une section cantonale du PS qui déciderait de défier le parti suisse en recommandant le non à la 13e rente AVS. Il faut bien avoir cette image en tête pour comprendre à quel point le vote de la section zougnoise du PLR – qui appelle à rejeter l'imposition individuelle – est un affront pour le parti national.

Un affront aussi pour sa nouvelle coprésidente, Susanne Vincenz-Stauffacher (SG). C'est elle en effet qui avait lancé – alors qu'elle était à la tête des femmes PLR – l'initiative populaire en faveur de l'imposition individuelle. Plus largement, où que l'on regarde, ce projet nous ramène au PLR. C'est en effet une autre libérale-radical – en l'occurrence la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter – qui a élaboré la révision de loi sur laquelle on votera le 8 mars, et qui est un contre-projet à l'initiative.

Et preuve ultime que l'imposition individuelle est dans l'ADN du parti: le groupe parlementaire en avait fait un objet stratégique lors du vote aux Chambres fédérales. Cela signifie que les élus PLR avaient le choix entre soutenir le projet ou s'abstenir.

L'imposition individuelle et la bureaucratie

Quels sont donc les arguments qui ont poussé les Zougois, début décembre, à recommander le non en votation, par 34 non contre 26 oui? Les changements qu'entraînerait cette réforme fiscale: à savoir plus de paperasse et donc plus de charge de travail.

Pour comprendre cette crainte, il faut revenir à la genèse de ce projet. Fiscalement, il arrive que les couples mariés soient désavantagés par rapport à des concubins. L'idée de l'imposition individuelle est donc de mettre fin à cette discrimination en taxant chaque contribuable indépendamment de ses choix de vie. En gros, chacun devrait remplir sa déclaration.

Reste que les cantons n'ont pas attendu cette réforme pour corriger les problèmes. Ces derniers ont introduit leur propre solution. Si bien qu'aujourd'hui, il n'y a plus qu'au niveau fédéral – soit pour l'IFD (impôt fédéral direct) – que des injustices persistent.

Cela vaut-il la peine de révolutionner toute la fiscalité pour faire de l'imposition individuelle la norme? Oui, répondent le PLR, les Vert'libéraux, le PS et les Verts. Ils voient dans cette réforme un



La nouvelle coprésidente du PLR Susanne Vincenz-Stauffacher, qui est à l'origine de l'initiative en faveur de l'imposition individuelle et qui l'a défendue au parlement (comme ici le 7 mai 2025), ne s'attendait pas au vote négatif d'une section de son propre parti. Keystone/Alessandro della Valle

pas vers plus d'égalité. Avec l'imposition individuelle, davantage de femmes seraient encouragées à entrer sur le marché du travail – ou à augmenter leur pourcentage – ce qui permettrait de lutter aussi contre la pénurie de main-d'œuvre.

En face, Le Centre et l'UDC – à l'origine du référendum – estiment au contraire que l'imposition individuelle va surcharger les administrations cantonales avec 1,7 million de déclarations en plus. Ces deux partis ont avec eux un acteur de poids: les cantons. Fait rarissime, ces derniers ont aussi déposé un référendum. Leur conférence recommande désormais officiellement de rejeter le projet.

Un refus des PLR «proches du terrain»

C'est dans ce contexte qu'il faut analyser le vote du PLR Zoug. Pour la sénatrice Isabelle Chassot (Le Centre/FR), qui combat cette réforme, cette décision est «plus qu'un symbole». «Les membres de la section zougnoise mettent précisément le doigt sur un des problèmes que nous mettons nous aussi en avant. Faire de l'impo-

sition individuelle la norme entraînera une bureaucratie supplémentaire et nécessitera d'engager dans les cantons du personnel pour traiter les nombreuses nouvelles demandes ainsi engendrées.»

Et d'ajouter: «En période de restriction budgétaire, il n'est pas étonnant que ces arguments fassent mouche auprès des membres du PLR, d'autant plus que le système actuel adopté dans les cantons permet aujourd'hui déjà de corriger la discrimination fiscale du mariage.» Pour Isabelle Chassot, il n'est pas surprenant que la fronde vienne des sections cantonales. «Comme elles sont proches du terrain, elles sont

les mieux placées pour connaître les conséquences concrètes que peut avoir une réforme décidée à Berne.»

Du côté des partisans de l'initiative, on refuse de faire toute une histoire du vote zougnois. «C'est dommage de ne pas saisir cette opportunité d'alléger la charge fiscale des familles», réagit Johanna Gapany (PLR/FR), l'un des fers de lance de l'initiative. «Même si Zoug connaît une réalité fiscale bien différente des autres cantons, c'est une leçon qui montre qu'on ne doit jamais cesser de rappeler les avantages de cette réforme pour la population.»

Comment expliquer ce désaveu vis-à-vis du parti suisse? «On

sait qu'il existe des divergences cantonales sur cette question, répond Johanna Gapany. Plusieurs cantons ont trouvé des solutions, pour l'imposition cantonale, afin de mettre fin à la discrimination fiscale des couples mariés, dont Zoug. Sans doute que les membres du PLR cantonal ont conclu que le travail a ainsi déjà été accompli et ne voient pas la nécessité d'une nouvelle réforme. Le problème est que l'injustice reste entière au niveau fédéral, et c'est précisément cela que nous voulons corriger avec cette réforme. Je ne peux que regretter qu'une de nos sections ne voit pas cette nécessité d'agir, pourtant favorable à la population.»

Cinq chiffres à retenir sur cette réforme fiscale

Si elle est adoptée, la réforme en faveur de l'imposition individuelle entraînera un manque à gagner de 600 millions pour les collectivités, pour une économie moyenne de 69 francs par contribuable. Dans le détail, ce sont surtout les couples dont les deux époux travaillent à un niveau équivalent qui y gagneraient. Ceux où

seul l'un d'eux travaille pourraient payer plus qu'aujourd'hui. Mais il faudra avoir des revenus suffisants pour être impacté: 36% des contribuables ne verraient aucun changement avec la réforme, il s'agit de ceux qui ne gagnent pas assez pour payer l'IFD. Si, dans un premier temps, la réforme pèsera sur les finances pu-

bliques, cela pourrait ensuite changer. À terme, le Conseil fédéral envisage en effet la création de 10'000 à 44'000 équivalents pleintemps si la réforme est adoptée. Dans le meilleur scénario, jusqu'à 3,6 milliards de masses salariales supplémentaires pourraient être engrangées. De quoi dégager de nouvelles rentrées fiscales. (FQU)

Das Volk scheint demokratiemüde

Vor allem in den Kantonen verhält sich die Bevölkerung bei Abstimmungen passiver denn je

ROGER BLUM

Im Jahr 2025 funktionierte die direkte Demokratie in der Schweiz auf nationaler Ebene wie eh und je. Drei Aspekte sind aber besonders bemerkenswert. Erstens: Regierung und Parlament haben alle Abstimmungen gewonnen, Volksinitiativen und Referenden blieben auf der Strecke. Zweitens: 40 Volksinitiativen, über die noch nicht entschieden ist, schwirren umher. Die grösste Gruppe stammt von Engagierten, die irgendwo in der politischen Mitte anzusiedeln sind. Und drittens: Die Stimmberechtigten sind nur halb bei der Sache. In keiner eidgenössischen Abstimmung beteiligte sich die Mehrheit, für kantonale Wahlen interessiert sich oft nur ein Drittel, manchmal nicht einmal das.

Das Fazit zum ersten Aspekt lautet: Bundesrat und Parlament können zufrieden sein. An drei eidgenössischen Abstimmungsterminen standen 3 Volksinitiativen, eine Verfassungsänderung und ein via Referendum bekämpftes Gesetz zur Debatte: In allen 5 Fällen siegten die Behörden. Die Service-Citoyen-Initiative wurde mit 84,1 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt, bei der Juso-Initiative, die die Klimapolitik über Erbschaftssteuern finanzieren wollte, waren es 78,3 Prozent und bei der Umweltverantwortungsinitiative 69,8 Prozent. Dem Bundesbeschluss über die Besteuerung von Zweitliegenschaften stimmten 57,7 Prozent zu, und ganz knapp, mit 50,4 Prozent Ja-Stimmen, kam auch das E-ID-Gesetz über die Runden. Ideen «von aussen» hatten keine Chance.

Das Fazit zum zweiten Aspekt lautet: Es werden trotzdem unverdrossen neue Ideen lanciert. Ende 2025 befanden sich 13 Volksinitiativen im Sammelstadium. Das Themenspektrum ist breit. Es reicht von der Anerkennung Palästinas über ein Atomwaffenverbot bis zu Bitcoin.

19 Volksinitiativen sind schon zustande gekommen und zurzeit hängig – 7 beim Bundesrat, 12 beim Parlament. Weitere 3 Volksinitiativen – die Halbierungsinitiative der SVP, die Bargeldinitiative und die von links herrührende Initiative für eine gerechte Energie- und Klimapolitik – kommen am 8. März 2026 zur Abstimmung. Nimmt man alle noch nicht entschiedenen Volksinitiativen zusammen, so stammen je 8 aus dem linken und aus dem rechten Lager, 9 von links der Mitte und 13 aus der Mitte.

Erschöpfung der Parteien

Das Volk scheint indes gar nicht so viel Lust auf direkte Demokratie zu haben. Bei den eidgenössischen Volksabstimmungen des Jahres 2025 nahm jeweils mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten nicht teil: An der Urne waren 49,5 Prozent (28. September), 42,9 Prozent (30. November) und 38,0 Prozent (9. Februar). Und wenn die Kantone zur Wahl ihrer Regierungen riefen, war das Echo noch bescheidener: 45,6 Prozent im Wallis, 41,5 und 45,7 Prozent bei den beiden Wahlgängen im Jura, 35,5 und 36,5 Prozent bei den beiden Wahlgängen im Kanton Solothurn, 31,9 Prozent im Kanton Neuenburg und 28,2 und 33,3 Prozent bei den beiden Wahlgängen in Baselland.

Daniel Kübler, Politologieprofessor an der Universität Zürich und Direktor des Zentrums für Demokratie in Aarau, verweist darauf, dass auf Bundesebene der Trend der Stimmbeteiligung nicht nach unten gehe. Den Tiefpunkt habe man in den siebziger und achtziger Jahren erlebt, seither sei die Beteiligung wieder angestiegen. Bedenklich sei hingegen die Entwicklung in den Kantonen. Dort nehme die Zahl der Abstimmungen und der lancierten Initiativen und Referenden ab. Der Grund sei wohl eine strukturelle Schwäche und dadurch eine gewisse Erschöpfung der kantonalen Parteien, meint Kübler.

Auch Adrian Vatter, Professor für Schweizer Politik an der Universität Bern, sieht auf nationaler Ebene keine Abwärtsentwicklung. Die tiefe Betei-

gung bei kantonalen Wahlen habe weniger mit Demokratieverdrossenheit zu tun denn mit als geringer wahrgenommener Relevanz dieser Wahlen, mit zunehmend entstehenden lokalen Medienwüsten und dem allgemeinen Trend zu tieferer politischer Alltagsbindung. Die Forschung zeige, dass die Partizipation sozial selektiver werde: Jüngere, politisch weniger Interessierte und die wachsende Gruppe der News-Deprivierten beteiligten sich deutlich seltener. Das sei das eigentliche Warnsignal, betont Vatter.

«Rettungsdienste» stehen bereit

Wenn die direkte Demokratie den Menschen Mühe bereitet, braucht es Hilfskräfte, die den Leuten aufzeigen, wie sie mit der Demokratie umgehen können (und sollen). Eine solche Hilfskraft ist beispielsweise der Dachverband Schweizer Jugendparlamente. Die Organisation fasst die etwa achtzig kantonalen und lokalen Jugendparlamente zusammen und versteht sich als Kompetenzzentrum für politische Bildung und Partizipation. Der Dachverband hat die Programme Easyvote.ch und Engage.ch lanciert. Vor allem mittels Easyvote sollen die Vorgänge in der direkten Demokratie besser erklärt werden.

Die Stiftung für direkte Demokratie wiederum, 2019 aus Wecollect entstanden, ist eine Crowd-Stiftung: Sie sammelt Geld und stellt Mittel zur Verfügung, um Initiativen und Referenden aus der Zivilgesellschaft vor allem in der Startphase zu unterstützen. Sie bietet «eine Rampe für die direkte Demokratie», wie der Stiftungsrat Daniel Graf es im Jahresbericht für 2024 formulierte. Sie hält sich auch nicht zurück, Skandale wie gefälschte Unterschriften deutlich zu geisseln.

Zu den politischen Hilfskräften kann man auch das Zentrum für Demokratie in Aarau zählen. Dieses bietet wissenschaftliche Unterstützung. Hier forschen mehrere Professoren und eine Professorin mit ihren Teams zur Praxis und zu den Herausforderungen der direkten Demokratie, so beispielsweise zu deren klassischen und neuen Instrumenten, zu deren Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen sowie zum Einfluss des EU-Rechts auf sie. Mit den regelmässigen Aarauer Demokratietagen tritt das Zentrum jeweils in den Dialog mit dem Publikum.

Um eine kleinere Gruppierung handelt es sich beim Verein Politbeobachter – sechs engagierte Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrer Website und ihrem Newsletter das politische Geschehen in der schweizerischen direkten Demokratie gemäss Selbstbeschreibung «scharfsinnig und weitsichtig» kommentieren. Sie erläutern jede Volksinitiative und jedes Referendum, für die gerade Unterschriften gesammelt werden, und erleichtern es dem Publikum, Politik zu verstehen.

Der bekannteste Kämpfer für die direkte Demokratie ist der frühere SP-Nationalrat Andreas Gross mit seinem Atelier pour la démocratie directe in St-Ursanne. 2016 noch veröffentlichte er das dicke Buch «Die unvollendete Direkte Demokratie. 1984–2015: Texte zur Schweiz und darüber hinaus», ein flammendes Plädoyer für die Beteiligung des Volkes. Aber auch er ist etwas müde geworden: Die Website seines Ateliers wurde seit 2011 nicht mehr aktualisiert.

Die Datenbank der Demokratie

rbl. · Mit der «Referendum Database» dokumentiert das Zentrum für Demokratie in Aarau weltweit Volksabstimmungen. Hier befinden sich die Daten von 3000 nationalen und 15 000 subnationalen Volksentscheiden in über 200 Ländern seit 1791. Was die Schweiz betrifft, so sind 700 nationale Abstimmungen seit 1793 und 7000 kantonale Volksentscheide seit 1970 verzeichnet.

Rétrospective 2025: une année électorale explosive et un champ de mines budgétaire

Politique Dans le canton, le premier quart du siècle se termine avec une fraude électorale, une élection surprise et un déficit financier.

Rachad Armanios

— Municipales

Après les succès des partis populistes (MCG et UDC) en 2023 au détriment des Verts, tant aux élections pour le Grand Conseil qu'à l'Assemblée fédérale, 2025 a confirmé au printemps cette tendance dans les communes. Les Verts ont toutefois limité la casse en se maintenant dans les Conseils administratifs.

Le PLR a lui aussi fortement progressé au sein des Exécutifs, tandis qu'il a reculé dans les Délégatifs. Le parti de Pierre Maudet, Libertés et justice sociale (LJS), qui partait de zéro dans les communes, a fait son entrée dans plusieurs d'entre elles.

Enfin, l'union du Centre et des Vert'libéraux a été payante: le premier s'est stabilisé et les seconds ont gagné de nombreux sièges dans les Délégatifs, entrant même en Ville.

— Séisme à Vernier

Ces gloires et déboires ont été éclipsés par la fraude historique à Vernier, confirmée par la justice après la révélation par la «Tribune de Genève» de graves anomalies. Des bulletins LJS favorisant certains candidats ont en effet été remplis par de mêmes mains.

Ce séisme a dépassé Vernier et le canton puisque la fraude a mis en cause la fiabilité du vote par correspondance, pilier du système démocratique suisse déjà ébranlé par les récoltes frauduleuses de signatures pour des initiatives et des référendums.

Le scrutin verniolan, marqué par l'importante percée de LJS, est alors annulé et le Conseil administratif gouverne durant six mois sous la seule surveillance du Conseil d'État.

Le 30 novembre, lors du nouveau scrutin, des bulletins sont encore suspects. L'élection est suspendue, puis, sur la base d'une expertise graphologique, le Conseil d'État la valide le 17 décembre, jugeant l'ampleur et les répercussions des fraudes présumées peu significatives.

Pourtant, de nouvelles anomalies constatées sur le nombre de bulletins biffés poussent plusieurs citoyens à saisir la justice: ils demandent l'annulation des résultats et l'organisation de nouvelles élections.

L'UDC a déjà récupéré l'affaire en désignant comme coupable le droit de vote des étrangers: elle annonce le lancement d'une initiative pour en finir avec ce droit donné au niveau communal. Quant à LJS, sa cohésion en prend un coup. Le député Djawed Sangdel, tête de liste lors du scrutin annulé de mars, se met beaucoup de membres à dos pour avoir participé à lancer une autre liste pour novembre, malgré le retrait de LJS.

— Partielle au Conseil d'État

L'année 2025 a réservé une autre surprise électorale avec l'annonce de la démission d'Antonio Rodgers au milieu de son troisième mandat. Ciblée par la droite, le conseiller d'État Vert,



Les affiches de campagne pour le scrutin municipal de Vernier de mars qui a vu le parti de Pierre Maudet, Libertés et justice sociale (LJS), faire une percée importante dans la commune. Mais les résultats sont ensuite annulés en raison de fraudes. Steve Luncker-Gomez

chargé du Territoire, se dit fatigué et estime avoir fait ce qu'il avait à faire.

Le 19 octobre, à l'issue du second tour de l'élection partielle, Nicolas Walder est élu et conserve le siège Vert, mais la gauche a senti le vent du boulet. Car jamais l'UDC, en la personne de Lionel Dugerdil, soutenu par le PLR et le MCG, n'a semblé aussi proche du pouvoir.

À droite, cette élection a confirmé la désagrégation de la grande alliance de 2023. Le Centre a préféré consolider l'union gagnante avec les Vert'libéraux. La défaite de Xavier Magnin au premier tour, candidat de cette force centrifuge, aura toutefois révélé un Centre divisé entre sa base, rejetant les partis souverainistes, et sa députation, prête à soutenir une UDC pourfen-

dant les accords avec l'Union européenne et la libre circulation.

Cette ligne rouge, la Fédération des entreprises romandes l'a aussi franchie, rejoignant au second tour la position de la Chambre de commerce et du PLR.

L'avenir dira, pour ce parti, ce que lui réservera son rapprochement stratégique (et idéologique) avec l'UDC.

— Haro sur le social?

Quant à Nicolas Walder, il incarne la continuité puisqu'il reprend le Territoire. Mais la majorité de droite du Conseil d'État reprend la main sur les Services industriels en confiant sa tutelle à Delphine Bachmann (Le Centre).

Après les accusations de népotisme et de surfacturations qui ont précipité l'an passé le départ

du directeur Christian Brunier, une nouvelle affaire de surfacturation de l'électricité liée aux réseaux thermiques structurants (RTS) a été découverte.

Signe d'une page tournée, le Conseil d'État a annoncé une baisse des tarifs d'énergie liée aux RTS, tandis que la Commission de l'environnement a rejeté la loi climat portée par Antonio Rodgers.

La nature ayant horreur du vide, c'est désormais Thierry Apothéloz qui est dans le colimateur de la droite. Le responsable de la Cohésion sociale fait face à des prestations qui ont explosé. Sa nouvelle loi sur l'aide sociale (LASLP) est déjà attaquée, le fonctionnement de l'Hospice général suscite l'inquiétude, tandis que l'idée de plafonner les subsides d'assurance maladie fait débat.

— Plan d'économies

C'est qu'à Genève, les belles années sont derrière. Le Canton prévoit pour 2026 un déficit record de 767 millions de francs, qui a poussé la droite à refuser le budget en dénonçant un manque d'économies structurelles face à des charges «non maîtrisées». Le Conseil d'État promet un plan dès 2027 pour économiser 500 millions.

Pour la gauche et les syndicats, le problème est à chercher dans les diminutions d'impôts votées en 2024, qui s'ajoutent à une conjoncture économique et internationale morose. Pour ce camp, le plan devra proposer de nouvelles recettes.

C'est aussi l'avis des syndicats. Ceux de la fonction publique ont mobilisé 4000 manifestants lors de la grève du 11 décembre pour dénoncer le gel des nouveaux postes des mécanismes salariaux.

Quatre femmes au Conseil administratif de la Ville: une première!

«On a vécu une législature de bisounours. C'est terminé», lançait en juin un élu socialiste dans nos colonnes. Il ne pensait pas si bien dire. Finances minées et alliances surprises ont rythmé les derniers mois de la Ville de Genève.

2025 avait déjà démarré sur les chapeaux de roues avec une campagne intense, année électorale oblige. La gauche est finalement parvenue à conserver ses quatre sièges au sein de l'Exécutif, tandis que Le Centre a maintenu le sien. Le PLR, en revanche, a raté son pari de placer Natacha Buffet-Desfayes sur le siège vacant et convoité de l'écologiste Frédérique Perler. Cette dernière, affaiblie par plusieurs affaires, avait fait le choix de ne pas se représenter.

Le Conseil administratif s'est ainsi partiellement renouvelé. Marjorie de Chastonay a sauvé le siège des Verts et repris le Département de l'aménagement. La socialiste Joëlle Bertossa a, pour sa part, succédé à Sami Kanaan à la tête de la Culture. Toutes deux ont rejoint à l'Exécutif Marie Barbey-Chappuis, Christina



À la première séance du nouveau Municipal de la Ville le 2 juin 2025 (photo), rien ne laissait augurer une fin d'année aussi mouvementée.

Kitsos et Alfonso Gomez. Avec quatre femmes pour cinq sièges, la Ville de Genève vit une première.

Marjorie de Chastonay a pu capitaliser sur la concrétisation de projets emblématiques, à l'image de la Croix-Verte aux Pâquis. À la Culture, Joëlle Bertossa a, en revanche, dû compo-

ser avec le scandale lié au management de la directrice de la Comédie de Genève, Séverine Chavrier. Celle-ci ne sera pas reconduite à la tête de l'institution au-delà de l'échéance de son premier mandat, le 30 juin 2027. Une affaire suffisamment sensible pour que soit saisie la Cour des comptes.

Particularité de cette législature: l'hégémonie rose-Verte de l'Exécutif ne se reflète plus dans l'hémicycle municipal. Le MCG et le groupe Le Centre-Vert'libéraux assurent désormais un rôle de pivot.

La fragmentation s'est particulièrement révélée lors du marathon budgétaire. Théoriquement en mesure d'imposer des coupes plus drastiques sur les 69 millions de déficit finalement acceptés, la droite a vu le MCG se désolidariser. Son refus de suivre la majorité des économies demandées et in fine de s'opposer à ce budget a été perçu comme «une trahison» ou tout du moins «un retournement de veste». Dans ce climat, les mécanismes salariaux ont échappé de peu à la guillotine pour 2026.

Autre point de discorde: l'achat de la villa de Zep et de son parc. Défendu par le MCG et la gauche comme un investissement culturel et patrimonial unique, le projet a été contesté par référendum par la droite en raison de son coût (21,5 millions) et du flou entourant la future af-

fectation de la demeure protégée. C'est le peuple qui a tranché dans les urnes, ouvrant la voie au futur parc Masset.

Certains objets ont toutefois su rassembler au-delà des idéologies. La proposition d'un abonnement TPG gratuit pour les aînés a ainsi été soutenue par l'ensemble des partis, à l'exception du PLR. Une large majorité du plénum s'est également résignée à renoncer à l'augmentation de 25% des jetons de présence qu'il avait lui-même votée, dans un contexte de déficit jugé politiquement délicat.

Mais s'il fallait retenir un dossier faisant l'unanimité, ce serait celui de l'indemnisation pluri-partite (Ville-SIG-TPG) des commerçants de la rue de Carouge. Longtemps réticente à ouvrir la porte à des compensations financières, la Ville a fini par reconnaître l'ampleur du préjudice subi face à la durée et l'importance des travaux. Une décision marquant un tournant à Genève et qui pourrait bien laisser une trace durable dans la gestion future des grands chantiers. (LFA)

Bulgarien, das ärmste EU-Land, wird Teil der Währungsunion

Technisch ist das Land gut vorbereitet, doch politisch ist die Lage angespannt

CHRISTIN SEVERIN

Am 1. Januar 2026 wird Bulgarien zum Euro-Land und damit das 21. Mitglied des Euro-Raums. Von den 27 EU-Staaten sind dann nur noch 6 Länder nicht Teil der Währungsunion. Sowohl Schweden, Dänemark, Polen, Tschechien, Ungarn als auch Rumänien haben weiterhin eine nationale Währung.

Technisch ist Bulgarien auf den Wechsel gut vorbereitet. Die bulgarische Währung Lew ist bereits seit Jahren fest an die europäische Gemeinschaftswährung gekoppelt. 1 Euro entspricht 1.95 Lewa. Die Regierung band die Landeswährung in den 1990er Jahren eins zu eins an die Deutsche Mark.

Die Bevölkerung kann vor der Einführung Starter-Sets mit nationalen Münzen kaufen. Ein Set kostet 20 bulgarische Lewa und enthält 42 Euro-Münzen im Wert von gut 10 Euro. Erhältlich ist es in Bankfilialen, Postämtern und bei der bulgarischen Zentralbank – allerdings gibt es nicht mehr als zwei Sets pro Person.

Nach der Euro-Einführung gibt es in Bulgarien eine einmonatige Übergangsfrist. In dieser Zeit werden beide Währungen parallel verwendet. Ab dem 1. Februar 2026 ist der Lew kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr. Dann gilt nur noch der Euro.

Reibungslose Integration

Für viele Ökonomen ist der Fall Bulgarien vor allem deshalb interessant, weil der Beitritt unspektakulär verläuft. Die Europäische Zentralbank wertet das als Erfolg. Der reibungslose Beitritt Bulgariens zeige, dass die Einführung zu einem institutionellen Prozess geworden sei.

Doch die politische Lage ist angespannt. In der Bevölkerung ist die Wut und Frustration über die niedrigen Einkommen und die grassierende Korruption gross. Bulgarien ist laut Transparency International das zweitkorrupteste Land der EU. Nach heftigen Antikorruptionsprotesten ist die Regierung von Ministerpräsident Rosen Scheljaskow Mitte Dezember zurückgetreten und nur noch

übergangsweise im Amt. Im März dürfte es zu Neuwahlen kommen. Es wäre die achte Parlamentswahl in fünf Jahren.

Gegenüber dem Euro ist die Stimmung in der Bevölkerung gespalten. Befürworter argumentieren mit einer stärkeren Integration in den EU-Binnenmarkt, dem Wegfall von Wechselkurskosten und steigenden Investitionen aus dem Ausland. Doch ein Teil der Bevölkerung hat Angst vor steigenden Preisen. Das weiss auch die Regierung. Sie versucht, mit einer Informationskampagne dagegenzuhalten. Zudem hat sie angekündigt, bei ungerechtfertigten Preissteigerungen einzuschreiten.

Proteste gegen den Euro werden in Bulgarien vor allem von prorussischen Kräften angeführt. Bei den letzten Wahlen erhielt die prorussische Partei Wiedergeburt 14 Prozent der Stimmen. Sie repräsentiert damit einen kleinen, aber nicht zu unterschätzenden Teil der Bevölkerung. Bleibt die gefühlte Inflation 2026 tief, dürfte sich die Akzeptanz des Euro in der bulgarischen Bevölkerung aber festigen.

Während der Wechsel der Währung in Bulgarien mit den neuen Münzen und Scheinen sehr sichtbar ist, wird sich für den Euro wirtschaftlich nicht allzu viel ändern. Bulgarien hat 6,5 Millionen Einwohner. Der Anteil des Landes am Bruttoinlandprodukt (BIP) des Euro-Raums liegt bei lediglich 0,6 Prozent. Damit ist das Land zu klein, um wesentliche Effekte auf Inflation, Zinsen oder den Wechselkurs des Euro auszulösen.

Bekenntnis zum Westen

Haushaltspolitisch erfüllt das Land die Kriterien: Die Neuverschuldung lag 2024 beim festgelegten Grenzwert. Der Schuldenstand ist mit 23,8 Prozent des BIP verhältnismässig gering. Unter den Euro-Ländern war er nur in Estland niedriger. Das Wirtschaftswachstum lag 2024 mit 3,4 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der Euro-Mitglieder von 0,9 Prozent. Gemessen am BIP pro Kopf, ist das Land aber immer noch das ärmste der EU.

Wichtiger als die wirtschaftlichen Effekte ist die Signalwirkung des Bei-

tritts zur Euro-Zone. In Bulgarien steht der Euro für Bindung an Europa. Die Währung wirkt als Instrument der Verankerung im Westen.

Während Bulgarien von dieser Bindung zu profitieren hofft, haben die bisherigen sechs Nicht-Euro-Länder der EU keine Eile, ihrerseits diesen Schritt zu tun. Rumänien will den Euro zwar grundsätzlich, doch die Pläne sind vage. Tschechien, Polen und Ungarn haben die Euro-Einführung auf unbestimmte Zeit verschoben. In Dänemark und Schweden hat sich die Bevölkerung in Referenden gegen den Euro ausgesprochen.

Umgekehrt gibt es Länder, die den Euro nutzen, ohne Mitglied der EU zu sein. Sowohl Kosovo als auch Montenegro verwenden den Euro als Zahlungsmittel, ohne der Währungsunion anzugehören. Sie müssen die Euro-Kriterien nicht erfüllen, haben aber auch nicht das Recht, eigene Euro-Münzen zu prägen. Auch die Kleinstaaten Andorra, Monaco, San Marino und der Vatikan verwenden den Euro als Währung.

Die Erfolgsaussichten von Klimaklagen sind in der Schweiz gering

Wegen der Erderwärmung müssen sich Unternehmen und ihre Führungspersonen zunehmend vor Gericht verantworten

MIKE ABEGG UND LORIS URWYLER

Der Kampf gegen den Klimawandel nimmt vielfältige Formen an: Aktivisten kleben sich auf Strassen oder bringen Flughäfen zum Stillstand. ETH-Forscher entwickeln innovative Methoden, um CO₂ aus der Luft zu extrahieren. Immer öfter wird auch der Weg vor die Gerichte gesucht, um vermeintliche Klimasünder zur Rechenschaft zu ziehen.

Weltweit sind bereits über dreitausend Klimaklagen eingegangen, und es werden jedes Jahr mehr. Sie richten sich längst nicht mehr nur gegen Staaten, sondern zunehmend auch gegen Unternehmen oder deren Führungskräfte.

Unterschiedliche Forderungen

Mit Klimaklagen gegen Unternehmen werden häufig CO₂-Emissions-Reduktionen verlangt. So fordern Umweltschutzorganisationen in den Niederlanden vom Gas- und Ölkonzern Shell die Senkung der Emissionen um 45 Prozent bis 2030 gegenüber dem Jahr 2019. Das erstinstanzliche Gericht hiess die Klage gut, da Shell menschenrechtlich zur Reduktion der CO₂-Emissionen verpflichtet sei. Das Berufungsgericht hob dieses Urteil jedoch wieder auf, da es an einer gesetzlich statuierten CO₂-Reduktions-Pflicht fehle und eine solche auch nicht aus einer deliktsrechtlichen Gene-

ralklausel im niederländischen Recht ableitbar sei. Derzeit befasst sich das höchste Gericht der Niederlande mit dem Fall – das gleiche Gericht, das 2019 den niederländischen Staat zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen verurteilt hat.

Doch auch andere Forderungen werden geltend gemacht. Dies zeigt die beim Kantonsgericht Zug hängige Klage von vier indonesischen Staatsbürgern gegen den Zementkonzern Holcim. Zusätzlich zu einer CO₂-Reduktion werden in diesem Prozess Schadenersatz- und Genugtuungsansprüche sowie eine finanzielle Beteiligung an Flutschutzmassnahmen – wie beispielsweise der Anlegung von Mangroven und Dämmen – gefordert. Das Kantonsgericht trat auf die Klimaklage ein. Der Entscheid in der Sache selbst ist noch nicht ergangen.

Ähnlich dem Holcim-Fall forderte in Deutschland ein peruanischer Landwirt, dass der Energiekonzern RWE die Kosten für geeignete Massnahmen zum Schutz seines Eigentums vor einer Gletscherflut zu tragen habe – und zwar gemessen an seinem Anteil an den globalen Treibhausgasemissionen. Im Mai wurde diese Klage zweitinstanzlich abgewiesen. Das Urteil ist rechtskräftig.

Führungskräfte müssen sich immer häufiger gegen den Vorwurf wehren, dass sie ihre Treue- und Sorgfaltspflichten gegenüber dem Unterneh-

men verletzt hätten, indem sie Klimarisiken unzureichend offengelegt und ungenügende Massnahmen bei deren Management ergriffen hätten. Dieses Spannungsfeld zwischen unternehmerischer Verantwortung und Klimarisiken wird auch in aktuellen Gerichtsverfahren deutlich. In England klagte eine Shell-Aktionärin die Mitglieder des Verwaltungsrates an. Sie warf dem Verwaltungsrat vor, dass er sich nicht an das Pariser Klimaabkommen gehalten habe. Auch diese Klage war mangels einer nachgewiesenen Pflichtverletzung des Verwaltungsrates erfolglos.

Gefahr des Greenwashings

Anders ist die Lage beim Greenwashing. Unternehmen oder Führungskräfte können Klagen wegen unlauterer Werbung ausgesetzt sein, wenn sie beispielsweise ihre Waren oder Leistungen tatsächlich als CO₂- oder gar als klimaneutral bezeichnen. Wer sich zur Umschreibung seiner Produkte solcher Begriffe bedient, kann darauf behaftet werden.

Stand heute sind die Erfolgschancen von Klimaklagen gegen Unternehmen oder Führungskräfte, die von Schweizer Gerichten nach Schweizer Recht zu beurteilen sind, als äusserst gering einzustufen. Mit Bezug auf die CO₂-Reduktions-Begehren fehlt es in der Schweiz an einem strikten gesetzlich statuierten

Verbot, über ein bestimmtes Mass hinaus CO₂ auszustossen.

Was die Schadenersatz- und Genugtuungsforderungen betrifft, mangelt es in der Regel bereits am Kausalzusammenhang zwischen dem CO₂-Ausstoss und dem geltend gemachten Schaden, gleichgültig ob es sich um einen Sachschaden, Ertragsausfälle oder seelische Unbill handelt. Der CO₂-Ausstoss eines Unternehmens ist ein von solchen Schäden viel zu weit entfernt liegendes Glied in der Kausalkette, um eine Haftung zu begründen. Die Klimakläger müssten auch nachweisen, dass genau das Extremwetterereignis, das den Schaden verursacht hat, auf den CO₂-Ausstoss des Beklagten zurückzuführen ist. Diese Hürde ist regelmässig zu hoch.

Demgegenüber haben Greenwashing-Klagen ein grosses Potenzial. Viele Unternehmer sind sich nicht bewusst, dass am 1. Januar dieses Jahres eine neue Bestimmung im Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb in Kraft getreten ist. Gemäss dieser handeln Greenwasher unlauter und können zivil- und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Die Unternehmen sind daher gut beraten, rechtlich zu prüfen, ob ihre Produkte oder deren Verbrauch als CO₂- oder klimaneutral bezeichnet werden können.

Wer die Haftung wegen einer Klimaklage auf ein Versicherungsunterneh-

men abwälzen will, sieht sich hohen Hürden gegenüber. Haftpflichtversicherungen müssen nur dann leisten, wenn alle Elemente des Risikobeschriebs erfüllt sind und keine Ausschlüsse greifen.

Keine Haftpflichtansprüche

CO₂-Reduktions-, Unterlassungs- und Beseitigungsklagen sind keine Haftpflichtansprüche und werden somit in der Regel nicht gedeckt. Wurde das versicherte Unternehmen oder Organ nicht rechtskräftig zu einer Schadenersatz- oder Genugtuungsleistung verurteilt, besteht gegenüber dem Versicherer auch kein Entschädigungsanspruch. Zudem ist es marktüblich, dass Verpflichtungen, die einen Straf- oder strafähnlichen Charakter haben – wie etwa Geldstrafen oder Bussen –, nicht versichert sind. Bei Greenwashing-Klagen gilt es zu beachten, dass die allgemeinen Versicherungsbedingungen Ansprüche im Zusammenhang mit unlauterem Wettbewerb ausschliessen können.

Klimaklagen führen somit meist nicht zu Entschädigungsleistungen der Haftpflichtversicherer – eine Realität, welche die Klimasünder bei der Einschätzung ihrer Risiken berücksichtigen müssen.

Mike Abegg ist Rechtsanwalt. Loris Urwyler ist juristischer Mitarbeiter bei der Zürcher Kanzlei Prager Dreifuss AG.

France voisine: ce qui change dès le 1^{er} janvier

Vie pratique Découvrez les nouveautés qui entrent en vigueur à compter de ce jeudi pour toute personne domiciliée dans l'Hexagone.

Aymeric Dejardin-Verkinder

Dès ce jeudi 1^{er} janvier, plusieurs nouveautés entrent en vigueur en France et concernent à la fois l'argent, le logement, les transports ou encore l'emploi et la formation. Tour d'horizon.

Argent

— **Revalorisation du SMIC**

À partir du 1^{er} janvier, le SMIC est revalorisé de 1,18%. Le SMIC horaire brut passera à 12,02 euros (au lieu de 11,88 euros) et le SMIC mensuel brut à 1823,03 euros pour un temps plein, soit environ 21 euros brut de plus par mois. À titre indicatif, le SMIC mensuel net de référence est fixé à 1443,11 euros.

Le minimum garanti est quant à lui fixé à 4,25 euros (contre 4,22 euros). Il s'agit d'une valeur de référence qui sert pour l'évaluation des frais professionnels (déplacements, repas), des avantages en nature (logement, nourriture) et des allocations sociales.

— **Dons entre particuliers**

Les dons d'argent ou de biens de valeur entre particuliers devront être déclarés en ligne sur impots.gouv.fr, même si le don a été réalisé avant 2026. La déclaration reste à la charge du bénéficiaire (ou de son représentant légal). Sont visés les dons d'un montant inhabituel ou portant sur des objets de valeur (bijoux, objets d'art ou de collection), et non les «petits cadeaux» usuels. L'utilisation du formulaire papier reste toutefois possible sous certaines conditions.

— **Tarifs des timbres et colis**

À partir de jeudi, les tarifs postaux augmentent en moyenne de 7,4%. La lettre verte passe de 1,39 euro à 1,52 euro, la lettre



Dès le premier jour de la nouvelle année, les dons d'argent ou de biens de valeur entre particuliers devront être déclarés obligatoirement en ligne, sauf les «petits cadeaux» usuels. AFP

Services plus de 3,15 euros à 3,47 euros, la e-lettre rouge de 1,49 euro à 1,60 euro, la lettre recommandée 20 g de 5,74 euros à 6,11 euros, et la lettre internationale jusqu'à 20 g de 2,10 euros à 2,25 euros. Le Sticker suivi reste à 0,50 euro. Les Colissimo des particuliers augmentent d'environ 3,4%.

Sécurité sociale

— **Congé naissance**

À partir de janvier, un congé de naissance viendra s'ajouter aux congés de maternité (seize semaines) et de paternité (vingt-huit jours). Il concernera tous les parents d'un enfant né dès le 1^{er} janvier 2026 et pourra durer

Le passage au très haut débit se poursuit en 2026 avec la fermeture progressive du réseau cuivre.

un ou deux mois, selon le choix du salarié. Ce congé sera fractionnable en deux périodes d'un mois, et son indemnisation sera supérieure à celle du congé parental actuel.

— **Hausse du plafond annuel**

Le plafond annuel de la Sécurité sociale (PASS) augmentera de 2% pour atteindre 48'060 euros, dès le 1^{er} janvier. Le plafond mensuel sera fixé à 4005 euros, soit 12'015 euros par trimestre, 924 euros par semaine, 220 euros par jour et 30 euros par heure.

Ce plafond sert de base de calcul pour de nombreuses prestations et cotisations: indemnités journalières (maladie, accident du travail, maternité, paternité), pensions d'invalidité et de retraite, cotisations sociales, etc.

Transports

— **Contrôle technique renforcé**

À partir du 1^{er} janvier 2026, le contrôle technique sera renforcé

pour les véhicules équipés d'airbags Takata classés «stop drive». S'ils n'ont pas été remplacés, le véhicule sera automatiquement placé en contre-visite pour «défaillance critique».

Le contrôle technique ne pourra être validé qu'après réparation par un garagiste de la marque. Concrètement, tant que l'airbag n'est pas changé, le véhicule ne pourra plus circuler.

— **Plaques d'immatriculation**

Les plaques d'immatriculation provisoires WW et W garage adopteront dès janvier un fond rose avec caractères noirs. La date de fin de validité du certificat provisoire sera indiquée à droite de la plaque. Les dimensions ne changent pas et les anciennes plaques restent valables jusqu'à leur expiration.

Sont concernés les particuliers dont le véhicule est neuf ou importé, ainsi que les professionnels de l'automobile, soit plus de 400'000 immatriculations par an.

Logement

— **Hausse des frais d'agence**

En 2026, les plafonds des frais d'agence facturés aux locataires pourront augmenter pour la première fois depuis 2014. Sont concernés les honoraires liés à la visite du logement, à la constitution du dossier, à la rédaction du bail et à l'état des lieux d'entrée. Ces plafonds seront désormais indexés sur l'indice de référence des loyers (IRL).

Pour 2026, la hausse de l'IRL au 3^e trimestre 2025 (+0,87%) permet cette revalorisation. Les nouvelles limites s'appliqueront uniquement aux baux signés à compter du 1^{er} janvier 2026. Les contrats en cours ne sont pas concernés.

— **Passage à la fibre optique**

Le passage au très haut débit se poursuit en 2026 avec la fermeture progressive du réseau cuivre, qui supporte encore le téléphone fixe en prise en T et l'accès ADSL. Orange, propriétaire

du réseau, prévoit son extinction complète d'ici à la fin de l'année 2030: dans chaque commune, les services utilisant le cuivre s'arrêteront au fur et à mesure du déploiement de la fibre.

À compter du 31 janvier 2026, plus aucun nouvel abonnement sur réseau cuivre ne pourra être souscrit, quel que soit l'opérateur. Seuls les contrats existants seront maintenus.

Formation et emploi

— **Indemnité minimale de stage**

En 2026, la gratification minimale de stage passera de 4,35 euros à 4,50 euros par heure. Ce montant correspond à 15% du plafond horaire de la Sécurité sociale, désormais fixé à 30 euros.

Cette indemnité est due lorsque le stagiaire est présent plus de 308 heures dans le même organisme au cours de l'année scolaire ou universitaire. Certaines conventions collectives peuvent toutefois prévoir un montant plus élevé.

— **Contrat des influenceurs**

Désormais, tout contrat entre une marque (ou un agent) et un influenceur devra obligatoirement être écrit dès lors que la valeur de la campagne dépasse 1000 euros hors taxes, rémunérations et avantages en nature inclus.

Le contrat devra préciser l'identité des parties, la nature des missions, le montant ou les modalités de la rémunération, les droits et obligations de chacun, ainsi que l'application du droit français.

Recensement

En 2026, le recensement de la population concernera tous les habitants, mais selon un calendrier et des modalités différentes.

En métropole, la collecte se déroulera du 15 janvier au 14 ou 21 février (selon la taille de la commune).

La réponse est obligatoire et peut se faire en ligne ou par le biais de questionnaires remis par l'agent recenseur.

Quand votre navigateur siphonne en secret vos échanges avec des IA

WEB Une société de cybersécurité a découvert que des extensions très populaires pour Chrome et Edge espionnaient les utilisateurs

ANOUGH SEYDTAGHIA

Ce sont des programmes en apparence totalement innocents: les extensions pour navigateur web. Que vous employiez Chrome, Firefox, Safari ou Edge, vous avez peut-être installé ces services supplémentaires. Ces extensions servent à personnaliser le navigateur pour ajouter des outils et des fonctions, automatiser des tâches ou changer la manière dont les pages web s'affichent ou se comportent (par exemple en supprimant les publicités). Ces extensions se téléchargent généralement via des magasins en ligne (un peu comme des applications), parfois contrôlés par les sociétés qui proposent ces navigateurs, comme Google.

Les extensions peuvent être très pratiques et faciliter la vie des internautes. Mais parfois, elles peuvent se retourner contre eux. Mi-décembre, la société Koi Security a publié une étude édifiante sur certains de ces programmes. Cette firme a découvert que des extensions siphonnent l'entier des conversations avec des chatbots, conversations qui peuvent contenir des éléments très sensibles, que ce soit au niveau privé ou professionnel.

Une bonne note, mais...

Et pourtant, ce sont des extensions en apparence sûres. Il y a notamment le programme Urban VPN Proxy, conçu (et c'est terriblement paradoxal) pour protéger la vie privée de l'utilisateur. Cette extension semble irréprochable, étant utilisée par plus de 6 millions d'internautes, affichant une note de 4,7 étoiles (sur 5 maximum) dans le magasin de Google, après avoir reçue pas moins de 58 000 avis d'utilisateurs. De plus, le programme affiche le badge «à la une» signifiant qu'un employé de Google l'a analysé.

Mais Urban VPN Proxy est extraordinairement curieux, notamment depuis une mise à jour datant de juillet dernier.



Visite d'un data center de Google le 14 novembre 2025. (MIDLOTHIAN, TEXAS/BLOOMBERG FINANCE LP)

L'extension aspire toutes les conversations effectuées avec dix chatbots, dont ChatGPT, Claude, Gemini, Perplexity, Grok ou encore Meta AI. «Pour chaque plateforme, l'extension inclut un script «exécuteur» dédié, conçu pour intercepter et capturer les conversations. La collecte est activée par défaut grâce à des options intégrées dans la configuration de l'extension. Il n'existe aucune option permettant à l'utilisateur de désactiver cette fonctionnalité. La seule façon d'arrêter la collecte de données est de désinstaller complètement l'extension», estime la société de cybersécurité.

Abus de confiance

L'extension aspire tout: chaque requête envoyée à l'IA, chaque réponse reçue, ou encore les horodatages des conversations. Toutes ces données sont ensuite revendues à des annonceurs. Koi Security note que les développeurs de l'extension avertissent l'utilisateur d'une analyse de ces conversations avec des chatbots, mais dans un langage si alambiqué qu'il est incompréhensible pour l'internaute.

Il n'existe aucune option permettant à l'utilisateur de désactiver la fonctionnalité

D'autres extensions similaires posent les mêmes problèmes, telles 1ClickVPN Proxy, Urban Browser Guard, Urban Ad Blocker ou 1ClickVPN Proxy. Au total, ces programmes comptent plus de 8 millions d'utilisateurs. Comme le souligne Koi Security, les extensions pour navigateurs bénéficient d'une confiance particulière. «Elles fonctionnent en arrière-plan, ont un accès étendu à votre activité de navigation et se mettent à jour automatiquement sans autorisation. Lorsqu'une extension promet confidentialité et sécurité, les utilisateurs ont peu de raisons de soupçonner qu'elle fait le contraire.» Si vous avez installé l'une de ces extensions, désinstallez-la immédiatement. Sachez que toutes vos conversations avec l'IA depuis juillet 2025 ont été enregistrées et partagées

avec des tiers, conclut la société de cybersécurité.

A noter qu'en juillet dernier, Koi Security avait constaté qu'une autre extension pour le navigateur Chrome, FreeVPN. One, comptant plus de 100 000 installations et un badge vérifié, prenait des captures des écrans des utilisateurs.

Alternatives suisses

Qu'en conclure? D'abord, qu'il est difficile de faire confiance à qui que ce soit en ligne. Ni aux développeurs peu scrupuleux de ces extensions ni à Google, qui ne fait manifestement pas assez le ménage dans son magasin. Il est ainsi recommandé de ne charger que des extensions créées par des développeurs connus. Et de n'installer que celles qui sont vraiment utiles, et de supprimer toutes les autres.

Enfin, si vous cherchez à protéger au mieux vos conversations avec des chatbots, il est conseillé de n'utiliser que des chatbots offrant un maximum de confidentialité. A ce titre, Lumo, développé par la société genevoise Proton, et Euria, proposé par Infomaniak, offrent un très haut niveau de protection. ■